



Rente ist auch für die Jugend Thema – Für eine Rente mit Zukunft!

Als DGB-Jugend Baden-Württemberg unterstützen wir die DGB-Rentenkampagne und mischen uns aktiv in die Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Rentenpolitik ein. Wir bringen dazu die Perspektive der jungen Beschäftigten, Auszubildenden und Studierenden ein, die erst in vierzig oder fünfzig Jahren in Rente gehen werden, denn wir stellen fest:

- A. Die gesetzliche Rente im Umlageverfahren ist die einzige dauerhaft sichere Altersvorsorge. Sie wurde in den vergangenen Jahren immer wieder geschwächt und muss wieder auf stabile Beine gestellt werden um für jetzige und zukünftige Generationen eine solidarische und armutssichere Altersversorgung zu garantieren. Ein geringfügiges Herumdoktern am aktuellen System wird dazu nicht ausreichen, es bedarf mutiger und weitreichender Entscheidungen.
- B. Die Versprechen der privaten Rentenversicherung haben sich besonders für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen als Trugschluss herausgestellt. Das wird sich angesichts der Profitorientierung der Anbieter und den allgemeinen Risiken der Finanzmärkte auch nicht ändern.

Für die Zukunft der Rente formulieren wir folgende Ansprüche, die wir an die Politik richten und in Debatten einbringen:

1. Das Niveau der gesetzlichen Rente muss wieder steigen und darf zukünftig einen Wert von 50% nicht mehr unterschreiten. Die paritätische Finanzierung muss beibehalten werden.
2. Das Renteneintrittsalter darf nicht weiter angehoben werden. Angesichts dessen, dass schon heute bei weitem nicht alle Beschäftigten einen Renteneintritt mit 67 und damit eine abschlagsfreie Rente erreichen, muss das reguläre Renteneintrittsalter wieder auf 65 gesenkt werden. Für besonders belastete Beschäftigte und solche, die freiwillig länger arbeiten wollen, muss ein flexibler Übergang möglich sein.
3. Die Aufspaltung von verschiedenen Erwerbstätigen Gruppen auf mehrere Renten- bzw. Pensionskassen muss beendet werden, es soll eine gemeinsame gesetzliche Rentenversicherung für alle geben. Dafür muss ein rechtlicher Rahmen gefunden werden, der faire und solidarische Übergänge für alle Betroffenen ermöglicht. Insbesondere für Beam_t_innen muss sichergestellt werden, dass diese nicht kurzfristig schlechter gestellt werden.
4. Die gesetzliche Rente soll verstärkt zu einem Instrument zur solidarischen Altersversorgung werden. Niemand soll im Alter in Armut leben. Zeiten der Ausbildung, Kindererziehung, Erwerbslosigkeit oder Pflege dürfen dies nicht verhindern. Neben einer adäquaten Bezuschussung aus Steuermitteln sollen auch weitergehende Maßnahmen, wie die Einführung von Mindest- und Maximalrenten bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in Betracht gezogen werden.
5. Die Förderung privater Rentenversicherungen muss beendet werden. Sie ist für die Gesellschaft teuer, bringt den Versicherten aber effektiv wenig bis nichts.
6. Tarifliche und betriebliche Möglichkeiten für Betriebsrenten sollen genutzt und ausgebaut werden. Gute Entgelttarifabschlüsse sorgen außerdem dafür, dass die Beschäftigten vom wirtschaftlichen Erfolg und Steigerungen der Produktivität profitieren und die gesetzliche Rente zusätzlich gestützt wird.